

Vorwort

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Zum Geschäftsbereich des Innenministeriums gehören alle Geschäfte der Staatsverwaltung, für die nicht ein anderes Ministerium zuständig ist, insbesondere:

1. Verfassung, Staatsgebiet und Landeseinteilung, Wahlen und Abstimmungen;
2. allgemeines Verwaltungsrecht, Datenschutz;
3. Verwaltungsreform und Behördenorganisation;
4. allgemeines Beamtenrecht (ohne Besoldungs- und Versorgungsrecht), Disziplinarrecht, Personalwesen für den allgemeinen Verwaltungsdienst einschließlich Ausbildung, ressortübergreifende Aufgaben der fachübergreifenden Fortbildung für die Landesverwaltung, Landespersonalausschuss;
5. Grundsatzfragen sowie Koordinierung von Planung und Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik in der Landesverwaltung;
6. Staatsangehörigkeit, Personenstandswesen, Auswanderung;
7. Öffentliche Sicherheit und Ordnung;
8. Verfassungsschutz;
9. Katastrophenschutz, Notfallvorsorge und Zivile Verteidigung;
10. Kommunalwesen;
11. Sparkassenwesen;
12. Feuerwehrwesen;
13. Angelegenheiten der Vertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler einschließlich der Eingliederung der Spätaussiedler, Lastenausgleich;
14. Ausländer- und Asylrecht, Aufnahme ausländischer Flüchtlinge, Integration bleibeberechtigter Ausländer;
15. Verkehrswesen;
16. Straßenbau;
17. Wappenrecht.

Beim Innenministerium eingerichtet:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz

Dem Innenministerium unmittelbar unterstellte Behörden und Dienststellen:

Regierungspräsidium Stuttgart,
Regierungspräsidium Karlsruhe,
Regierungspräsidium Freiburg,
Regierungspräsidium Tübingen,
Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Stuttgart,
Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, Stuttgart,
Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen,
Akademie der Polizei Baden-Württemberg, Freiburg i. Br.,
Bereitschaftspolizeipräsidium Baden-Württemberg, Göppingen,
Polizeipräsidium Stuttgart,
Logistikzentrum Baden-Württemberg, Ditzingen,
Landesfeuerwehrschule Baden-Württemberg, Bruchsal,
Haus der Heimat, Stuttgart,
Johannes-Künzig-Institut für ostdeutsche Volkskunde, Freiburg i. Br.,
Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde, Tübingen,
Informatikzentrum Landesverwaltung Baden-Württemberg, Stuttgart.

Vom Innenministerium unmittelbar beaufsichtigte Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts:

Datenzentrale Baden-Württemberg, Stuttgart,
Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg, Karlsruhe,
Kommunaler Versorgungsverband Baden-Württemberg, Karlsruhe,
Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Stuttgart,
Bad. Gemeinde-Versicherungs-Verband, Karlsruhe,
Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung, Stuttgart,
Zweckverband Landeswasserversorgung, Stuttgart,
Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke, Biberach a. d. Riss,
Sparkassenverband Baden-Württemberg, Stuttgart,
LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart und Karlsruhe,
Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim (gemeinsam mit dem Finanzministerium),
Landeswohlfahrtsverband Baden (in Abwicklung), Karlsruhe,
Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern (in Abwicklung), Stuttgart.

Die Regierungspräsidien üben die Fachaufsicht aus über:

- 35 Landratsämter (staatliche untere Verwaltungsbehörden),
- 9 Stadtkreise als untere Verwaltungsbehörden,
- 91 Große Kreisstädte als untere Verwaltungsbehörden,
- 37 Verwaltungsgemeinschaften als untere Verwaltungsbehörden (davon 24 mit Großer Kreisstadt),
- 3 Polizeipräsidien,
- 34 Polizeidirektionen.

Die Regierungspräsidien üben die Rechtsaufsicht aus über folgende Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts:

- 10 Regionalverbände,
- 1 Verband Region Stuttgart
- 35 Landkreise,
- 9 Stadtkreise,
- 91 Große Kreisstädte,
- 37 Verwaltungsgemeinschaften,
- 5 Nachbarschaftsverbände,
- Zweckverbände und Stiftungen, soweit sie nicht vom Innenministerium oder von den Landratsämtern beaufsichtigt werden,
- 18 Kreissparkassen,
- 2 Zweckverbandssparkassen,
- 34 Stadtparkassen, Bezirkssparkassen und sonstige Sparkassen.

Von den Landratsämtern (staatliche untere Verwaltungsbehörde) beaufsichtigte Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts:

- 1 001 kreisangehörige Gemeinden (ohne Große Kreisstädte),
- 233 Verwaltungsgemeinschaften,
- Zweckverbände und Stiftungen, soweit sie nicht vom Innenministerium oder von den Regierungspräsidien beaufsichtigt werden.

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Der Landtag hat am 1. Oktober 2008 das Gesetz zur Weiterentwicklung der Verwaltungsstrukturreform (Verwaltungsstrukturreform-Weiterentwicklungsgesetz – VRWG) beschlossen. Es tritt in seinen wesentlichen Teilen am 1. Januar 2009 in Kraft und spiegelt die Ergebnisse der Evaluierung der Verwaltungsstrukturreform wieder, soweit diese zur Umsetzung einer rechtlichen Grundlage bedürfen.

Auswirkungen ergeben sich im Geschäftsbereich des Innenministeriums in folgenden Bereichen:

- Die bisher von Landratsämtern und Staatlichen Schulämtern für das Gebiet der Stadtkreise wahrgenommenen Aufgaben der unteren Schulaufsichtsbehörden einschließlich die der Schulpsychologischen Beratungsstellen werden auf 21 neu errichtete Staatliche Schulämter als untere Sonderbehörden übertragen und dort gebündelt.
- Das Landesvermessungsamt führt künftig die Bezeichnung Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung. Das Landesamt nimmt die Aufgaben der Flurneuordnung (bisher Regierungspräsidium Stuttgart) und Vermessung als Landesoberbehörde wahr. Zudem ist es untere Flurbereinigungsbehörde für das Gebiet der Stadtkreise (bisher Regierungspräsidien).
- Das Land errichtet einen Landesbetrieb Forst nach § 26 der Landeshaushaltsordnung. Für die untere Verwaltungsebene erstreckt sich der LHO-Betrieb auf die Bewirtschaftung des Staatsforsts, auf der mittleren Verwaltungsebene auf den gesamten Aufgabenbereich der Landesforstverwaltung. Im Zusammenhang mit der Errichtung des Landesbetriebs Forst nach § 26 LHO werden dem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum die Stellen der Bediensteten der Abteilung Forstdirektion der Regierungspräsidien zur Bewirtschaftung, einschließlich der Personalplanung und Personalsteuerung übertragen. Die Wahrnehmung der Bewirtschaftungsbefugnis erfolgt im Benehmen mit dem jeweiligen Regierungspräsidium.
- Mit dem novellierten Landesverwaltungsgesetz werden im Wesentlichen gleichartige Kompetenzen der obersten Landesbehörden sowie speziell der Ministerien und des Rechnungshofs in einer Regelung zusammengeführt. Gleiches gilt für die verschiedenen Typen von Aufgabenübertragungen auf nachgeordnete Behörden. Durch eine neu aufzunehmende Definition der Dienstaufsicht und der Fachaufsicht soll Abgrenzungsschwierigkeiten in der Praxis besser begegnet werden können. Die Aufsicht mit ihren unterschiedlichen Sonderregelungen wird nicht mehr in einem gesonderten Teil für alle Behörden, sondern jeweils in dem Abschnitt normiert, der für die einzelnen Behördentypen gilt.
- Die Frist zur gesetzlichen Abwicklung der ehemaligen Landeswohlfahrtsverbände wird bis zur Abwicklung der Jahresrechnung 2010 verlängert.

Von diesen Maßnahmen sind insgesamt rund 1.000 Bedienstete in den Bereichen Forst und Flurneuordnung und rund 250 Bedienstete bei den unteren Schulaufsichtsbehörden betroffen.

C. Abschluss des Einzelplans

	2008	2009
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Verwaltungseinnahmen.....	38 778,2	41 202,4
Übrige Einnahmen.....	1 062 228,0	1 081 352,6
Gesamteinnahmen.....	1 101 006,2	1 122 555,0
Personalausgaben.....	1 961 570,1	1 964 195,5
Sächliche Verwaltungsausgaben.....	196 633,8	214 378,8
Schuldendienst.....	0,0	0,0
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).....	1 182 906,8	1 196 170,5
Ausgaben für Investitionen.....	533 934,0	523 274,4
Besondere Finanzierungsausgaben.....	18 450,3	50 863,8
Gesamtausgaben.....	3 893 495,0	3 948 883,0
Zuschuss.....	2 792 488,8	2 826 328,0
Verpflichtungsermächtigungen.....	1 479 873,0	1 769 080,0

D. Personalsoll

	<u>2008</u>	<u>2009</u>
Tit. 422 01 Planmäßige Beamte.....	29 354,0	28 870, 5
	(670,0 kw)	(606,0 kw)
Tit. 422 03 Beamte auf Widerruf.....	4 192,0	4 642,0
	(0,0 kw)	(0,0 kw)
Tit. 428 01 Arbeitnehmer.....	6 996,5	6 259,0
	(655,5 kw)	(557,5 kw)
zusammen	40 542,5	39 771,5
	(1 325,5 kw)	(1 163,5 kw)

Sonstige im Personalsoll nicht enthaltene Bedienstete:

	<u>2008</u>	<u>2009</u>
Kap. 0302/Tit. 427 53/429 01.....	3,5	2,6
Kap. 0302/Tit. 429 67.....	7,5	7,5
Kap. 0304/Tit. 428 72.....	3,0	5,0
Kap. 0304/Tit. 428 86.....	197,0	197,0
Kap. 0305/Tit. 428 86.....	106,0	106,0
Kap. 0306/Tit. 428 86.....	123,0	126,0
Kap. 0306/Tit. 429 74.....	3,0	3,0
Kap. 0306/Tit. 429 76.....	1,0	0,0
Kap. 0307/Tit. 428 86.....	93,0	93,0
Kap. 0307/Tit. 429 72.....	2,0	2,0
Kap. 0307/Tit. 429 78.....	1,8	0,0
Kap. 0307/Tit. 429 80.....	1,2	0,0
Kap. 0326/Tit. 428 08.....	55,0	55,0
Kap. 0330/Tit. 428 71.....	1,0	1,0
zus.	598,0	598,1

sowie nicht vollbeschäftigte und befristet beschäftigte Arbeitnehmer in wechselnder Zahl.

Nachrichtlich:

2009: 422 Beamte und 812,5 Arbeitnehmer, deren Gehälter, Vergütungen usw. nicht bei den Gruppen 422 und 428, sondern auf dem entsprechenden Konto der kaufmännischen Buchführung gebucht werden (Landesbetrieb § 26 LHO); vgl. Kap. 0304 Tit. 682 02 und 682 03, Kap. 0305 Tit. 682 02, Kap. 0306 Tit. 682 02, Kap. 0307 Tit. 682 02 und 682 03, Kap. 0308 Tit. 682 01 und Kap. 0320 Tit. 682 01

Auszubildende und Praktikanten 2009

Tit. 428 01	
Kap. 0301	1
Kap. 0304	91
Kap. 0305	69
Kap. 0306	76
Kap. 0307	56
Kap. 0314	34
Kap. 0326	168
<hr/>	
Epl. 03	495

E. Zusammenfassung der Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen nach Aufgabenbereichen

2009

Mio. EUR

Bereich	Personal- ausgaben	Sächliche Verwaltungs- ausgaben, Zuweisungen Zuschüsse für laufende Zwecke	Investitions- ausgaben	Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben	Verpflich- tungs- ermächti- gungen
Innere Sicherheit (Kap. 0314–0321)	1 129,28	147,60	61,57	-0,65	1 337,80	41,90
Feuerschutz, Katastrophenschutz (Kap. 0310)	7,28	19,15	25,56	0,70	52,69	17,50
Ausländer und Aussiedler (Kap. 0330)	12,59	51,10	0,04	-	63,73	0,25
Regierungspräsidien, Informatikzentrum Landesverwaltung Baden-Württemberg, Landratsämter (Kap. 0304–0307, 0308 u. 0312)	306,48	84,59	3,48	-	394,55	-
Verkehr, Straßenbau (Kap. 0325, 0326)	8,15	1 084,15	432,03	60,00	1 584,33	1 694,43
Innenministerium, Allg. Bewilligungen, Datenschutz, Ausbildung (Kap. 0301, 0302, 0303, 0311)	500,42	23,96	0,59	- 9,19	515,78	15,00
zusammen	1 964,20	1 410,55	523,27	50,87	3 948,88	1 769,08